

Schwerpunkt

Links

- „Grosskonzerne als Friedensstifter?“ . [Text](#) von swisspeace mit ausführlichen Angaben zum swisspeace-Projekt „Business & Peace“
- „Die neuen Spielregeln der Globalisierung“ . [Übersichtsartikel](#) von swisspeace über die Debatten und Entwicklungen zur Frage der Unternehmensverantwortung
- [Artikel](#) von Amnesty International zu den Menschenrechtsnormen
- [Artikel](#) zu den Aktivitäten der PA IV
- Unternehmensverantwortung - [Überlegungen](#) aus Sicht des seco
- „Rechte für Menschen - Pflichten für Konzerne“ . Text von [ProNatura](#)
- [International Business Club in Afghanistan](#)
- [UNO Global Compact](#)
- [OECD-Leitsätze](#)
- [UNO-Normen](#)

Wirtschaft und Friedensförderung: Überblick, Initiativen und die Rolle der Schweiz

Im Zuge der Globalisierung sind multinationale Unternehmen immer mehr auch in Krisen- und Konfliktregionen tätig. Den potentiell negativen Auswirkungen daraus wird heute viel mehr Beachtung geschenkt als früher. Ein Beispiel: Wie steht es mit der Verantwortung von Unternehmen, wenn sie in einem Krisengebiet eine Strasse für den Warentransport bauen und diese von Rebellen zum Verschieben von Waffen benutzt wird? Heute ist man sich bewusst, dass wirtschaftliche Aktivitäten – legale oder illegale – den Verlauf und die Intensität von Gewaltkonflikten mitbestimmen. Besonders problematisch sind wirtschaftliche Tätigkeiten in Entwicklungs- und Transitionsländern, in denen gesetzliche Regulierungen fehlen.

Der Ruf nach verbindlichen internationalen Standards

Um das rechtliche Vakuum auszufüllen hat die Zivilgesellschaft in den vergangenen Jahren anderswie versucht, Druck auf die Unternehmen und die Regierungen auszuüben. Es gibt zahlreiche internationale Nichtregierungsorganisationen (NRO), welche die Unternehmen beobachten und die Öffentlichkeit über Missstände aufklären und sensibilisieren. NROs fordern aber auch internationale und rechtlich verbindliche Standards, welche die Rechte und Pflichten der Unternehmen festlegen und Massnahmen zu deren Umsetzung und Kontrolle vorsehen.

Verschiedene supranationale Organisationen verfügen bereits über solche Standards. Bislang handelt es sich jedoch lediglich um rechtlich unverbindliche Verhaltensempfehlungen. Ein bekanntes Beispiel ist der UN-Global Compact, in dem sich die Unternehmen freiwillig dazu verpflichten, neun grundlegende Menschenrechts-, Arbeitsrechts- und Umweltschutzprinzipien einzuhalten. Daneben gibt es die unverbindlichen OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen. Diese bestehen bereits seit 1976, wurden im Jahre 2000 revidiert und sind bislang von 38 Ländern inklusive der Schweiz ratifiziert worden. Im Weiteren hat die UNO-Menschenrechtskommission im April 2004 erstmals explizit die Wichtigkeit der Unternehmensverantwortung bei der Wahrung der Menschenrechte erklärt. Sie beauftragte das Hochkommissariat für Menschenrechte, bis nächsten Frühling eine Evaluation aller bestehenden Initiativen und Standards durchzuführen. Dabei sollen auch die „UNO-Normen für die Verantwortlichkeiten transnationaler Unternehmen und anderer Wirtschaftsunternehmen im Hinblick auf die Menschenrechte“ einbezogen werden. Diese stellen die ersten umfassenden Menschenrechtsnormen dar, die sich speziell an Unternehmen richten.

Die Schweizer Akteure: Politische Abteilung IV,...

Der Privatsektor spielt auch für das offizielle Engagement der Schweiz im Rahmen der zivilen Friedensförderung eine wichtige Rolle. Die Politische Abteilung IV des Eidgenössischen Departements für Auswärtige Angelegenheiten (EDA) will in Zusammenarbeit mit dem Privatsektor Handlungsmöglichkeiten definieren, die den negativen Einfluss wirtschaftlicher Akteure auf Krisen- und Konfliktgebiete minimieren und ihr positives Potenzial besser ausschöpfen. Gleichzeitig sollen aber auch Instrumente entwickelt werden, um gegen fehlbare Unternehmen vorgehen zu können. Konkret organisiert und unterstützt die PA IV Vorträge und Workshops,

in denen Schweizer Unternehmen für ihre mögliche positive Rolle in Friedensprozessen sensibilisiert werden sollen. In Sri Lanka und Kolumbien will die PA IV im Rahmen ihrer Friedensförderungsprogramme den Einfluss der Wirtschaft auf die Entstehung von Konflikten sowie ihre mögliche Rolle in der zivilen Konfliktbearbeitung untersuchen. Ferner unterstützt sie die Entwicklung eines Analyseinstruments, womit der Privatsektor die Auswirkungen seiner Aktivitäten auf die Stabilität eines Landes oder einer Region evaluieren kann.

...das seco und die DEZA

Das Staatssekretariat für Wirtschaft (seco) verfügt über zahlreiche direkte und indirekte Instrumente zur Förderung der Unternehmensverantwortung. Es setzt sich für die Korruptionsbekämpfung im internationalen Wirtschaftsverkehr ein, fördert über einen Nationalen Kontaktpunkt die Bekanntmachung der OECD-Leitsätze bei den Unternehmen und engagiert sich im Rahmen der „International Labour Organisation“ (ILO) für die Förderung internationaler Arbeitsnormen. Im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit unterstützt das seco Projekte und Instrumente, die zur Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und der sozialen und ökologischen Situation der Entwicklungs- und Transitionsländer beitragen.

Die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) hat in diesem Jahr ein Positionspapier erarbeitet, welches die wichtigsten Grundsätze zur Zusammenarbeit mit dem Privatsektor enthält. Dabei hat die DEZA vier Schwerpunkte definiert: Gemeinsame Projekte, Beratung und fachliche Unterstützung im Zusammenhang mit privaten sozialen Investitionsfonds, Unterstützung des internationalen Dialogs zu „Corporate Social Responsibility“, sowie Förderung und Beteiligung an „Multi-Stakeholder“-Initiativen zu ausgewählten Themen wie Fair Trade. Die „Swiss South African Cooperation Initiative“, welche die DEZA gemeinsam mit zehn Schweizer Unternehmen initiiert hat, ist ein Beispiel dafür, dass staatliche Entwicklungsorganisationen oder Hilfswerke den Privatsektor immer mehr als Partner in die Entwicklungszusammenarbeit, den Umweltschutz oder die Friedensförderung einbeziehen.

Neues Forschungsprojekt bei swisspeace

Ziel des neuen Forschungsprojekts „Business and Peace“ von swisspeace ist es, die Möglichkeiten und Grenzen positiver Einflüsse von Wirtschaftstätigkeiten zu ergründen, um diese in der zivilen Friedensförderung besser zu nutzen. Im Dialog mit der Wirtschaft sollen Strategien erarbeitet werden, die zum nachhaltigen Abbau von konfliktverursachenden oder zu friedensfördernden Wirtschaftstätigkeiten beitragen. Konkret erarbeitet swisspeace ein Forschungsprojekt zum Zusammenhang zwischen Friedensförderung und Fair Trade. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Integration des Konfliktaspektes in die Risikoanalysen von internationalen Unternehmungen. Bereits durchgeführt wurde eine Untersuchung zur Frage der Unternehmensverantwortung im Rahmen der Schweizer Aussenpolitik.

Das „Afghan Civil Society Forum“ (ACSF) von swisspeace hat im vergangenen Jahr ein Projekt für einen „International Business Club“ (IBC) entwickelt. Ziel des IBC ist es, über gezielte Vernetzung, Informationsaustausch und Ausbildungsangebote zum Aufbau der afghanischen Privatwirtschaft beizutragen. Zurzeit sind Gespräche mit der Regierung, dem Privatsektor sowie mit potentiellen Geldgebern im Gange. swisspeace Afghanistan hofft, dass der IBC noch in diesem Jahr eröffnet werden kann.